

Sitzung vom 16. September 2015 / Geschäft Nr. 5.1

Bericht

Dringliche Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Dringend benötigte Unterkünfte für Flüchtlinge: Was können wir in Zollikofen tun?"; Antwort

1. Ausgangslage

Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende haben am 13. September 2015 die dringliche Interpellation "Dringend benötigte Unterkünfte für Flüchtlinge: Was können wir in Zollikofen tun?" mit folgendem Wortlaut eingereicht:

"Wir erleben gegenwärtig in Europa die grösste Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. In den letzten Tagen und Wochen sind wir über die Medien hautnah Zeugen geworden von unglaublichen Schicksalen und unermesslichen Tragödien, die sich an den Rändern unseres Kontinents, ja auch in unseren Nachbarländern zugetragen haben. Ärmere Länder wie der Libanon und die Türkei haben bereits Millionen von Flüchtlingen insbesondere aus dem Bürgerkriegsland Syrien aufgenommen. In der Schweiz hingegen liegt die Zahl der Zufluchtsuchenden immer noch weit unter den Höchstzahlen, die während der Kosovo-Krise verzeichnet wurden und gut bewältigt werden konnten.

Trotzdem fehlt es im Kanton Bern zurzeit an dringend benötigten Plätzen für die Unterbringung von Menschen, die bei uns zumindest vorübergehend Zuflucht vor Krieg, Gewalt und Hoffnungslosigkeit in ihrer Heimat suchen. Der Regierungspräsident des Kantons Bern hat am 8. September in einer eindrücklichen Erklärung im Grossen Rat an alle Gemeinden appelliert, bei der Suche nach den zurzeit dringend benötigten 500 Plätzen behilflich zu sein und insbesondere auch Wohnungen für Flüchtlingsfamilien zur Entlastung der überfüllten Asylzentren zur Verfügung zu stellen. Und der Verband Bernischer Gemeinden (VBG) hat die Gemeinden zur Kooperation und zu einem „partnerschaftlichen Vorgehen“ mit dem Kanton aufgerufen.

Neben lautstarken Aufrufen und Aktivitäten in die gegenteilige Richtung waren in letzter Zeit immer wieder positive Bemühungen zu vernehmen: gerade auch von Gemeinden in der Umgebung Zollikofens, die sich solidarisch an der verfassungsmässigen Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden beteiligen (z.B. Ittigen und Moosseedorf mit der Öffnung von Zivilschutzanlagen; Wohlen mit der Unterbringung von Flüchtlingen kurzfristig im Feuerwehrgebäude und später in Wohncontainern; Bremgarten und Meikirch mit der zumindest vorübergehenden Beherbergung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden in einem Jugendtreff, in einem Pfadiheim und in Privatwohnungen).

Angesichts der aktuellen Flüchtlingsnot und der Notwendigkeit, alle Möglichkeiten zu ihrer Linderung auszuschöpfen, bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. *Wurden in der Gemeinde Zollikofen in den letzten Wochen und Monaten bereits konkrete Möglichkeiten geprüft, dem Kanton Unterkünfte für Zufluchtsuchende und insbesondere auch Wohnungen für einzelne Flüchtlingsfamilien zur Verfügung zu stellen? Wenn ja, was wurde mit welchem Ergebnis geprüft?*

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Teuscher Urs	17.09.2015	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\2015\150916\interpellation unterkünfte für flüchtlinge_ggr.docx	17.09.2015 09:14 / ks	1.4	1 von 3

2. *Ist der Gemeinderat bereit, weiter nach Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Zollikofen zu suchen und dabei insbesondere auch neue Unterbringungsformen in Betracht zu ziehen (z.B. wie vom VBG angeregt: Wohncontainer)?*
3. *Ist der Gemeinderat bereit, Privatpersonen zur Aufnahme von Zufluchtsuchenden in Privatwohnungen aufzurufen und zur Bereitstellung von leerstehenden Wohnungen für Flüchtlingsfamilien zu ermuntern sowie entsprechende Bereitschaft zu unterstützen?*
4. *Welche anderen Möglichkeiten für Zollikofen sieht, prüft und realisiert gegebenenfalls der Gemeinderat, um auf die aktuelle Flüchtlingsnot angemessen zu reagieren und dem kantonsweiten Mangel an geeigneten Unterkünften zu begegnen?*

Es wird Dringlichkeit beantragt.

Begründung:

Gemäss Angaben von Regierungspräsident Hans-Jürg Käser im Grossen Rat und laut der Medienmitteilung seiner Polizei- und Militärdirektion (POM) vom 8. September 2015 sind bereits im Frühling 2015 alle Gemeinden des Kantons Bern aufgefordert worden, geeignete Unterkünfte für die Bewältigung des bereits damals absehbaren Zustroms von Asylsuchenden zu melden. Nachdem dieser Aufruf „leider nicht auf die nötige Resonanz“ gestossen sei, müssen nun dringend „rasch realisierbare Unterbringungsmöglichkeiten“ für 500 Personen gefunden werden. Dies erfordert rasche Abklärungen und rasche Rückmeldungen aus allen angefragten Gemeinden, also auch aus Zollikofen, an den Kanton, und dies rechtfertigt auch eine dringliche Behandlung der aufgeworfenen Fragen im Grossen Gemeinderat.“

2. Antwort

Vorbemerkungen

In der Gemeinde Zollikofen wird seit Mitte 1996 das Durchgangszentrum Bernstrasse 3a mit rund 70 bis 80 Plätzen betrieben. Vom 1. Dezember 1998 bis 30. September 1999 wurde zudem die Zivilschutzanlage Molkereistrasse zum Führen eines Erstaufnahmezentrums zur Verfügung gestellt. Die Erfahrungen, insbesondere mit dem Durchgangszentrum zeigen, dass die Unterbringung von Asylsuchenden für eine Gemeinde eine Herausforderung ist. Es bedarf nebst einer geeigneten Unterkunft grosses Verständnis und Toleranz der Nachbarschaft. Schulpflichtige Kinder müssen speziell gefördert und in die Regelschule aufgenommen werden. Nicht selten sind Kinderschutzmassnahmen nötig. Sicherheitspatrouillen oder die Polizei müssen wegen zwischenmenschlicher Probleme angefordert werden. Diesen Aufgaben stellt sich Zollikofen seit fast 20 Jahren ununterbrochen.

Frage 1

"Wurden in der Gemeinde Zollikofen in den letzten Wochen und Monaten bereits konkrete Möglichkeiten geprüft, dem Kanton Unterkünfte für Zufluchtsuchende und insbesondere auch Wohnungen für einzelne Flüchtlingsfamilien zur Verfügung zu stellen? Wenn ja, was wurde mit welchem Ergebnis geprüft?"

Der Gemeinderat hat in den Jahren 2012 und 2013 intensiv die Frage von weiteren Unterkünften für Asylsuchende geprüft. Insbesondere stellte sich die Frage, ob die Zivilschutzanlage (ZSA) Geisshubel zu diesem Zweck verwendet werden könnte. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile kam der Gemeinderat zum Schluss, dass eine Öffnung dieser ZSA zur Unterbringung von Asylsuchenden ungeeignet ist. Eine Delegation aus Gemeinderat und Verwaltung hat im direkten Gespräch mit dem zuständigen Regierungsrat die Situation und die Möglichkeiten Zollikofens besprochen. Die Gemeinde selber verfügt über keinen leerstehenden Wohnraum.

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Teuscher Urs	17.09.2015	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\2015\150916\interpellation unterkünfte für flüchtlinge_ggr.docx	17.09.2015 09:14 / ks	1.4	2 von 3

Frage 2

"Ist der Gemeinderat bereit, weiter nach Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Zollikofen zu suchen und dabei insbesondere auch neue Unterbringungsformen in Betracht zu ziehen (z.B. wie vom VBG angeregt: Wohncontainer)?"

Gestützt auf die Vorbemerkungen kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass grundsätzlich in erster Linie Drittgemeinden, welche noch keinen oder kaum einen Beitrag im Asylbereich leisten, ihren Beitrag leisten sollen.

Frage 3

"Ist der Gemeinderat bereit, Privatpersonen zur Aufnahme von Zufluchtsuchenden in Privatwohnungen aufzurufen und zur Bereitstellung von leerstehenden Wohnungen für Flüchtlingsfamilien zu ermuntern sowie entsprechende Bereitschaft zu unterstützen?"

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung durch die Tagespresse genügend über die Flüchtlingsnot und die damit verbundenen Herausforderungen von Kanton und Gemeinden informiert ist.

Auch bei Privatpersonen untergebrachte Flüchtlinge benötigen eine professionelle Betreuung und Unterstützung. Diese ist aktuell durch den Kanton nicht sichergestellt. Der Gemeinderat kann die Verantwortung für diese Betreuung nicht übernehmen und ist deshalb nicht bereit, einen solchen Aufruf an die Bevölkerung zu richten.

Frage 4

"Welche anderen Möglichkeiten für Zollikofen sieht, prüft und realisiert gegebenenfalls der Gemeinderat, um auf die aktuelle Flüchtlingsnot angemessen zu reagieren und dem kantonsweiten Mangel an geeigneten Unterkünften zu begegnen?"

Zurzeit sieht der Gemeinderat keine zusätzlichen Möglichkeiten für die Unterbringung von Flüchtlingen in Zollikofen. Der Gemeinderat ist sich aber der schwierigen Situation bewusst. Deshalb würden konkrete Angebote Dritter mit Sicherheit in Zusammenarbeit mit dem Kanton geprüft. Sollte sich die Situation im Kanton weiterhin verschärfen, müsste auch die Wiedereröffnung der damals auf Wunsch des Kantons geschlossenen ZSA Molkereistrasse in Erwägung gezogen werden.

Zollikofen, 14. September 2015

GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Daniel Bichsel
Präsident

Roland Gatschet
Sekretär

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Teuscher Urs	17.09.2015	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\2015\150916\interpellation unterkünfte für flüchtlinge_ggr.docx	17.09.2015 09:14 / ks	1.4	3 von 3